



## **SPD-Kreistagsfraktion spricht sich für Selbstverpflichtungserklärung zum Thema „Häusliche Gewalt“ aus Häusliche Gewalt macht sich auch am Arbeitsplatz bemerkbar**

„Häusliche Gewalt ist weit verbreitet und oft tödlich; daher müssen wir das Bewusstsein gegenüber häuslicher Gewalt schärfen und erhöhen“, sagt Remo Rauber (SPD), stellvertretender Vorsitzender im Sozialausschuss des Kreistags im Landkreis Harburg. In einem Antrag der SPD-Fraktion im Kreistag fordert Rauber den Landrat dazu auf, Gespräche mit den Gemeinden im Landkreis zu führen mit dem Ziel, eine Selbstverpflichtungserklärung möglichst gemeinsam zu beschließen.

Häusliche Gewalt findet zwar „zu Hause“ statt, bleibt aber nicht in den eigenen vier Wänden und macht sich auch am Arbeitsplatz bemerkbar. Und: Gewalt macht krank. Gesundheitliche Folgen wie Verletzungen, Schlafstörungen, Angstzustände, Konzentrationsstörungen, Suchterkrankungen oder psychische Erkrankungen wie Depressionen haben Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit. Oft kommt es zu einer Verminderung der Arbeitsleistung oder zu häufigen Ausfallzeiten. Daneben werden Betroffene durch Drohungen, feindliche E-Mails oder tätliche Übergriffe am Arbeitsplatz verfolgt, was auch zur Gefährdung anderer Beschäftigter führen kann.

Inhalte einer solchen Selbstverpflichtungserklärung könnten sein:

- Erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen
- Qualifizierung und Sensibilisierung der Führungskräfte
- Überprüfung bereits existierender Maßnahmen, um Wege zu finden, die persönliche Sicherheit am Arbeitsplatz voranzubringen und zu verbessern
- Schulungen und Trainingsprogramme gegen häusliche Gewalt für MitarbeiterInnen durchzuführen
- Beratung, Gesundheitsfürsorge und andere Versorgungsleistungen am Arbeitsplatz anzubieten

Die Landkreis Gifhorn und Helmstedt sowie die Stadt Wolfsburg haben bereits eine solche Selbstverpflichtungserklärung beschlossen, und ebenso haben 21 Bürgermeister von Städten und Gemeinden der Region Hannover, sowie der Regionspräsident Hannover ein Positionspapier mit dem Titel „Nein zu häuslicher Gewalt“ unterzeichnet.

„In Deutschland ist häusliche Gewalt entgegen landläufiger Ansicht noch weit verbreitet“, weiß auch Svenja Stadler, SPD-Bundestagskandidatin im Landkreis Harburg. „Immer wieder findet Gewalt gegen Frauen im persönlichen Umfeld statt, in den

das Umfeld kaum Einblicke hat. Deswegen ist es besonders wichtig, wachsam zu sein und das Umfeld für Anzeichen von Gefährdungen für Frauen zu erkennen.“

Mit dem Antrag sollen keine Aufgaben übernommen werden, die Frauenhäuser, Gewalt-Beratungsstellen und andere Einrichtungen leisten. Ziel dieser Selbstverpflichtungserklärung ist es vielmehr, MitarbeiterInnen zu ermutigen, häusliche Gewalt anzusprechen, erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen, sowie Konsequenzen für den Arbeitsplatz aufzuzeigen.